

# Aktuelles aus der psychosozialen Fach- und Berufspolitik der DGVT und des DGVT-BV

Ausgabe 8/2018 – 18. Dezember 2018



## Inhalt

- » Aus der DGVT
- » Berichte aus den Landesgruppen
- » Fach- und berufspolitische Informationen
- » Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag
- » Kinder und Jugendliche
- » Informationen zur Versorgung von Geflüchteten
- » Niedergelassene
- » Regionales
- » Termine – DGVT-Fortbildung
- » Termine – DGVT-BV-Fortbildung
- » Termine Landesgruppen
- » Ankündigung Weltkongress
- » Und last not least

Liebe Mitglieder,

wir möchten die Adventszeit nutzen, uns bei Ihnen allen, die Sie unsere Arbeit auf verschiedene Weise unterstützt haben, aufrichtig und herzlich zu bedanken. Ein sehr arbeitsintensives Jahr liegt fast hinter uns.

Zu Beginn des Jahres 2018 konnten mit dem 30. Kongress für klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung in Berlin zwei Jubiläen gefeiert werden: Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie wurde 50 Jahre alt und es war auch der 30. (D)GVT-Kongress insgesamt, den wieder mehr als 1200 Teilnehmer\*innen besucht haben.

Am Jahresende hat uns dann die Petition zum TSVG in Atem gehalten. Wir danken der Petentin Ariadne Sartorius für diese großartige Idee und den initiiierenden Verbänden für die Umsetzung. Aber ohne die Mobilisierung und die Unterstützung der 28 anderen Fach- und Berufsverbände wäre dieser Erfolg mit 197.000 Unterschriften nicht möglich gewesen. Das hat gezeigt, dass die Psychotherapeut\*innen am besten gemeinsam für ihre Ziele kämpfen sollten.

Dazwischen waren wir alle mit der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) beschäftigt, die uns alle belastet hat. Nicht zu vergessen das Hin und Her bei der Telematik...

Das Kassenwatch-Team steht kurz vor der Veröffentlichung der Plattform, mit der ab 2019 die Umgangsweise der Kassen mit der Kostenerstattung dokumentiert werden soll.

Wir würden uns freuen, wenn Sie auch in Zukunft unsere Arbeit unterstützen, mit einer Mitgliedschaft oder bei den regionalen und bundesweiten Aktivitäten, damit wir die begonnene Arbeit fortsetzen und weiterentwickeln können, die psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung sowie die Arbeitsbedingungen der Psychotherapeut\*innen zu verbessern.

Wir wünschen Ihnen Frohe Festtage und einen guten Start ins Neue Jahr.  
*Waltraud Deubert und Kerstin Burgdorf*

## Aus der DGVT

---

- **197.000 Unterschriften gegen das TSVG – Erfolgreiche Petition gegen die Schaffung neuer Hürden beim Zugang zur Psychotherapie**  
Gegen das im Kabinettsentwurf des Terminservice- und Versorgungsgesetzes (TSVG) vorgesehene Modell der „gestuften und gesteuerten Versorgung“ in der Psychotherapie hatte sich in den letzten Wochen ein breiter Protest entwickelt. Am 13.12.2018 konnten die Psychotherapeuten-V Verbände mehrere Tausend Unterschriften an den Petitions-Ausschuss in Berlin übergeben. Insgesamt wurden 197.000 Unterschriften gegen das TSVG gesammelt. Haupt-Petentin Ariadne Sartorius hat damit eine der erfolgreichsten Petitionen seit Jahren auf den Weg gebracht. Ein herzlicher Dank an sie und an alle Mitglieder und KollegInnen, die mitgewirkt haben am Erfolg der Petition!  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **TSVG-Debatte im Bundestag: Oppositions-Fraktionen sprechen sich einhellig gegen § 92 Abs. 6a SGB Vaus**  
In einer aufgeladenen Debatte im Bundestag wurde am 13.12.2018 das geplante Terminservice- und Versorgungsgesetz in erster Lesung im Bundestag diskutiert  
Die Oppositions-Fraktionen zeigten sich äußerst unzufrieden mit den geplanten TSVG-Regelungen für psychisch Kranke:  
„Christine Aschenberg-Dugnus (FDP) und Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) forderten den Minister auf, die umstrittene Regelung zu streichen. Sie warnten davor, psychisch Kranken weitere Prozeduren zuzumuten. Kappert-Gonther mahnte, Menschen in seelischen Krisen bräuchten Hilfe und nicht zusätzliche Hürden. Es wäre eine emotionale Zumutung, sich gegenüber einer neuen Instanz öffnen zu müssen, um einen Therapieplatz zu bekommen. Auch Dr. Achim Kessler (Die Linke) sprach sich dafür aus, an dem Direktzugang für die Psychotherapie festzuhalten.“  
Eine Zusammenfassung der Bundestags-Debatte findet sich auf der [Homepage des Bundestags](#).
- **Die Versorgung von Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen muss besser werden – aber nicht auf Kosten anderer Kranker**  
**Kommentar von Oliver Kunz, DGVT-Vorstand**  
Die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen muss verbessert werden und auch wir Psychotherapeut\*innen wollen hierzu unseren Beitrag leisten. Oliver Kunz, DGVT-Vorstandsmitglied, setzt sich in seinem Kommentar anlässlich der aktuellen Debatte um den Entwurf des TSVG mit der Frage auseinander, wie unsere Berufsgruppe Ideen wirksam in den politischen Diskurs einbringen kann.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **PiA-AG der DGVT**  
Beim diesjährigen Treffen der PiA-AG am 24.11.2018 in Bielefeld standen das Selbstbild und die Position innerhalb der DGVT im Mittelpunkt der Diskussion. Dabei wurde unter anderem beschlossen, dass in Zukunft engagierte Neuapprobierte, die sich bereits aktiv in der PiA-AG eingebracht haben, weiterhin Mitglied bleiben können. Wir gratulieren daher Benjamin Seifert, Simone Folke und Lina Koch zur Approbation und freuen uns, dass sie der PiA-AG mit ihrem Know-How weiterhin zur Verfügung stehen.

Die PiA-AG wird mittlerweile verstärkt in Diskussionen und Entscheidungen der DGVT und der DGVT-Akademie einbezogen, sodass die Belange der PiA der DGVT noch besser vertreten werden können als bisher. Mit Eline Rimane ist eine PiA im erweiterten Vorstand, des Weiteren waren Vertreter\*innen beim Treffen der ABZ-Leiter in Münster, beim DGVT-Dialogforum und beim Intergremientreffen (Jahrestreffen aller Gremien der DGVT) anwesend und konnten Impulse setzen. Mit Mechthild Leidl ist eine der BuKo-Sprecherinnen in der PiA-AG vertreten, sodass aktuelle bundespolitische Diskussionen auch bei uns einfließen.

- **„Mensch, du hast Recht!“ - Stellungnahme der DGVT zum Tag der Menschenrechte**  
Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10.12.1948 von den Vereinten Nationen beschlossen und besteht aus 30 Artikeln. 70 Jahre danach hat die Erklärung nichts von ihrer Aktualität verloren. Nach wie vor ist sie die Grundlage für die weltweite Anerkennung der Menschenrechte und für die Forderung nach deren Verwirklichung.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **25. November: Der internationale Gedenktag "NEIN zu Gewalt an Frauen!" – Stellungnahme der DGVT**  
Dieser Gedenktag geht zurück auf die Ermordung der drei Schwestern Mirabal, die am 25. November 1960 in der Dominikanischen Republik vom militärischen Geheimdienst nach monatelanger Folter getötet wurden. Sie waren im Untergrund tätig und hatten sich an Aktivitäten gegen den tyrannischen Diktator Trujillo beteiligt. 1981 wird der 25. November ein internationaler Gedenktag: Auf einem Treffen lateinamerikanischer und karibischer Feministinnen in Bogotá in Kolumbien würdigten die Teilnehmerinnen diese Frauen und riefen das Todesdatum der drei Frauen zum Gedenktag für die Opfer von Gewalt an Frauen und Mädchen aus. Seit 1999 ist der 25. November auch von den Vereinten Nationen als offizieller internationaler Gedenktag anerkannt. In Deutschland lautet das inzwischen etablierte Motto dieses Tages „Nein zu Gewalt an Frauen und Mädchen“.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Berichte aus den Landesgruppen

---

- **Landesbericht Sachsen**  
Am 7. November 2018 fand im DGVT-Ausbildungszentrum Dresden die Mitgliederversammlung der DGVT-Landesgruppe Sachsen statt. Andreas Böse wurde zum Landessprecher gewählt. Die Veranstaltung trug den Charakter eines Kennenlernens, d.h. die gemeinsame Erarbeitung der zukünftigen inhaltlichen Ausrichtung der Landesgruppenarbeit sollte im Fokus stehen. Dabei wurden bspw. die Frequenz und die Schwerpunkte der zukünftigen Landesgruppenarbeit besprochen. Ein ausführliches Protokoll des Treffens wurde an unsere Mitglieder in Sachsen gesendet und ist [hier](#) zu finden.
- **Landesbericht Thüringen**  
DGVT-Länderkonferenz und Intergremientreffen 30.11.18 und 1.12.18  
Liebe DGVT-Mitglieder in Thüringen,  
das alljährliche Intergremientreffen fand dieses Jahr in Frankfurt am Main statt und war gekoppelt an die Länderkonferenz, welche am Vorabend stattfand. Dort waren die Bundesländer über ihre Landessprecher\*innen und Vertreter\*innen aller Gremien der DGVT präsent. Natürlich ist die eigene Struktur und Organisation auf solchen Treffen auch immer wieder Thema. Das darf man nie aus den Augen verlieren und hier gibt es derzeit viel Austausch, da viele neue Gesichter dabei sind, die sich erstmal einfinden müssen – was ja auch für die Thüringer Vertretung zutrifft. Daher ergab es sich auch, dass herausgestellt wurde, dass Diversität in den Meinungsbildern gewünscht ist, wenngleich die DGVT natürlich auch immer bemüht ist, Schnittmengen herauszukristallisieren. All das erfolgt mit dem übergeordneten Ziel der DGVT, psychosoziale Versorgung auf qualitativ hohem Niveau für die Bürger\*innen zu erreichen und den Berufsständen, die in diesem großen Bereich tätig sind, für praktikable Arbeitsbedingungen zur Seite zu stehen.

Diese große Aufgabe erfordert derzeit schnelle Reaktionen auf die sehr schnell gewordene Politik. Das gelingt manchmal, manchmal braucht es noch mehr Tempo. Deshalb läuft die Suche nach personeller Verstärkung für den Berufsverband auf Hochtouren.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Janine Manthey

Landessprecherin Thüringen

## Fach- und berufspolitische Informationen

---

- **BPtK: Patienten werden je nach Dringlichkeit und Schwere behandelt - BPtK-Auswertung zum Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG)**

Die BPtK hat am 11.12.2018 eine Auswertung der Abrechnungsdaten von rund 240.000 Patientinnen und Patienten, die im 2. Quartal 2017 erstmals in einer psychotherapeutischen Sprechstunde waren, veröffentlicht. Dabei kommt die BPtK zu dem Ergebnis, dass „Menschen, die in die psychotherapeutische Sprechstunde kommen, dort je nach Dringlichkeit und Schwere die Leistungen empfohlen bekommen, die sie benötigen. Knapp 60 Prozent der Ratsuchenden erhalten eine psychotherapeutische Behandlung. Von ihnen befindet sich jeder sechste in einer so starken psychischen Krise, dass eine Akutbehandlung kurzfristig notwendig ist. Diese rasche Hilfe gibt es insbesondere für Patienten, die ansonsten nicht mehr arbeiten, in die Schule gehen könnten oder in ein Krankenhaus eingewiesen werden müssten.“

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **KBV-Vertreterversammlung am 7.12.2018 beschließt Resolution gegen TSVG**

Die Vertreterversammlung der KBV hat am 7.12. eine eindringlich formulierte Resolution beschlossen, den TSVG-Entwurf in der vorliegenden Form zurückzuweisen. Die Resolution weist den Gesetzentwurf zurück, der "von seinem Ansatz her die Würde des ganzen Berufsstandes" beleidigt: [http://www.kbv.de/media/sp/2018\\_12\\_07\\_Resolution\\_VV.pdf](http://www.kbv.de/media/sp/2018_12_07_Resolution_VV.pdf).

In seinem Bericht an die Vertreterversammlung (<http://www.kbv.de/html/38439.php>) ging KBV-Vorstandsvorsitzender Gassen auch konkret auf die Situation der Psychotherapie ein:

*(...) Nun aber wird im TSVG mit der gestuften psychotherapeutischen Versorgung ein Instrument eingeführt, das zu einer Leistungseindämmung führen soll. Ja, was denn nun? Wenn Politik mehr Psychotherapie zur Verfügung stellen möchte, dann soll sie es tun und dafür auch die nötigen Finanzmittel aktivieren. Es kann nicht sein, dass man uns das Problem vor die Füße kippt und wir zusehen sollen, wie wir damit klarkommen. Eins verspreche ich Ihnen: Wir werden in dieser Frage die psychotherapeutischen Kollegen nicht im Regen lassen. Wer mehr Leistung will, muss sie auch bezahlen. So einfach ist das.(...)*

Der gesamte Bericht zum 7.12. findet sich [hier](#).

- **33. Deutscher Psychotherapeutentag: Resolution für Demokratie und Menschenrechte verabschiedet**

Mit einer einstimmig verabschiedeten Resolution zu "Demokratie und Menschenrechte sind die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben" positionierte sich der 33. DPT zu aktuellen politischen Entwicklungen in Deutschland. Eingangs erinnerte Dr. Dietrich Munz, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK), die Delegierten an den Bericht von Alexander Mitscherlich zum Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46. Darin beschreibt Mitscherlich eindringlich, wie die "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", worunter vor allem die Verfolgung und Vernichtung der Juden und die "Vernichtung lebensunwerten Lebens" fielen, möglich wurden. Der einzelne Mensch sei nicht mehr als Individuum gesehen, sondern anhand von Hautfarbe, Sprache, Religion, Staatsangehörigkeit oder ethnischer Herkunft definiert worden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- 33. Deutscher Psychotherapeutentag: Musterberufsordnung und psychotherapeutische Fernbehandlung**

Der 33. DPT am 17. November 2018 in Berlin votierte für einen Vorschlag des BPTK-Vorstandes zur Änderung der Musterberufsordnung, mit der eine Fernbehandlung auch für Psychotherapeuten möglich wird. Dabei seien die Qualitätsstandards der psychotherapeutischen Versorgung einzuhalten. Zentral sei die Einschränkung, dass Eingangsdiagnostik, Indikationsstellung und Aufklärung die Anwesenheit der Patientin weiterhin erfordern.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Die Betriebskrankenkassen (BKK) legen ihren Gesundheitsreport 2018 vor**

Das Thema des Reports ist „Arbeit und Gesundheit Generation 50 plus“. „Ältere Arbeitnehmer erkranken nicht wesentlich häufiger als jüngere Arbeitnehmer, aber die Krankenhausbauer ist länger“, fass Franz Knieps ein Ergebnis zusammen. Analysiert wurden Daten von 8,4 Millionen Versicherten, darunter vier Millionen Beschäftigte.

Bereits heute sind allein bei der BKK ein Drittel der erwerbstätigen Mitglieder 50 Jahre und älter, Tendenz steigend. Die Antwort der Unternehmen auf diese Entwicklung: Prävention und Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- DGB-Index Gute Arbeit – Report 2018 – Schwerpunkt: Interaktionsarbeit**

Die Ergebnisse des Reports zeigen, dass knapp zwei Drittel aller Beschäftigten in Deutschland Interaktionsarbeit leisten. Gemeint sind Beschäftigte, die regelmäßig mit Kundschaft, PatientInnen oder betriebsexternen Personengruppen arbeiten.

Weiterhin unterstreichen sie die Notwendigkeit, der Arbeit mit Menschen größere Aufmerksamkeit und Wertschätzung entgegenzubringen. Gute und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen in der Interaktionsarbeit kommen nicht nur den Beschäftigten zugute, sondern – über eine bessere Qualität der erbrachten Leistung – auch den KundInnen, PatientInnen und KlientInnen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Jahresbericht der deutschen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht veröffentlicht**

Am 7. Dezember wurde der aktuelle Jahresbericht der deutschen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (DBDD), ehemals bekannt unter dem Namen „REITOX-Bericht“, veröffentlicht. Sowohl bei Jugendlichen als auch bei Erwachsenen nimmt Cannabis unter den illegalen Drogen weiterhin die prominenteste Rolle ein. Im Vergleich zu anderen Drogen dominiert Cannabis mit einer 12-Monats-Prävalenz von 7,3% unter 12- bis 17-Jährigen und 6,1% unter 18- bis 64-Jährigen deutlich. Der Anteil der Jugendlichen und Erwachsenen, die im gleichen Zeitraum irgendeine andere illegale Droge konsumiert haben, liegt bei 1,2% bzw. 2,3%. Basierend auf den aktuellsten Bevölkerungsumfragen des Jahres 2015 haben in Deutschland etwa 14,4 Mio. Erwachsene im Alter von 18 bis 64 Jahren sowie 479.000 Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahren zumindest einmal in ihrem Leben eine illegale Droge konsumiert.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Pflege-Personal-Stärkungsgesetz (PpSG) verabschiedet**

Der Bundestag hat am 9.11. das Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) verabschiedet, mit dem insbesondere neue Pflegestellen in der Kranken- und Altenpflege finanziert werden. Es ist nach der zweiten Befassung durch den Bundesrat am 23. November in trockenen Tüchern. Die Länder hatten vor allem Gesprächsbedarf zum Thema Krankenhausabrechnungen, zu deren Prüfung und zur Verjährung von Regressforderungen durch die Krankenkassen. Es gibt jetzt eine Zwei-Jahres-Frist zur Beanstandung von Klinikabrechnungen. Bisher hatten die Krankenkassen vier Jahre Zeit.

Weitere Bestandteile des Gesetzes sind unter anderem die Herausnahme der Pflegekosten aus den DRG-Fallpauschalen. „Durch die Fallpauschalen sei systematisch die Qualität in der Pflege gesunken ebenso wie die Zufriedenheit der Pflegenden mit ihrem Beruf. Dass es so kommen würde, habe man damals nicht erkannt, so Lauterbach. Aber „heute ändern wir nun diesen Nachteil, indem wir die Pflegekosten als ersten Bereich aus den DRGs herausnehmen.“

Ebenfalls noch frisch ins Gesetz kommt die Fristverlängerung für ärztliche Praxen an die Telemedizininfrastruktur. Als Grund nennt das Bundesgesundheitsministerium Lieferschwierigkeiten der Industrie. Damit kommt die Regierung der Forderung von Ärzt\*innen und Psychotherapeut\*innen nach. Sie haben jetzt bis zum 1. Juli 2019 Zeit.

Weitere Bestandteile sind die Festsetzung der Pflegepersonaluntergrenzen, die Fortführung des Krankenhausstrukturfonds und die Refinanzierung aufgestockter und zusätzlicher Krankenhauspflegekräfte. Außerdem müssen die Kostenträger für Tarifsteigerungen im Pflegepersonalbereich aufkommen. Das Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals soll zum 1. Januar 2019 in Kraft treten. Weitere Informationen finden Sie in der [Bundestagsdrucksache 19/5593](#).

- **Systemische Therapie wird Richtlinienverfahren!**

In der für die Systemische Therapie in Deutschland historischen Sitzung des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) am 22.11.2018 wurden der Nutzen und die medizinische Notwendigkeit Systemischer Therapie für Erwachsene bestätigt. In der denkwürdigen Sitzung haben die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und die Patientenvertretung (PatV) die Beschlussvorlage eingebracht, den Nutzen für diejenigen Anwendungsgebiete (d.h. Diagnosegruppen) als erbracht anzusehen, die für eine Aufnahme in die Psychotherapie-Richtlinie nötig sind.

Im kommenden Jahr sollen die nun anstehenden Anpassungen der Regelungen zur kassenfinanzierten Psychotherapie abgeschlossen sein. Erst danach wird eine Abrechnung über die Krankenkassen möglich sein. Als nächstes steht die Aufnahme auch der systemischen Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen an.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Weitere 38 Projekte erhalten eine Förderung aus dem Innovationsfonds des G-BA**

Ende Oktober 2018 kündigte der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) an, dass weitere Projekte zu neuen Versorgungsformen eine Förderung aus dem Innovationsfonds erhalten. Nun hat der Innovationsausschuss beim GBA auf seiner Website eine Übersicht der 38 Projekte, die gefördert werden, veröffentlicht. Neun der geförderten Projekte betreffen den Themenbereich sozialleistungsträgerübergreifende und eines krankheitsübergreifende Versorgungsmodelle, weitere 15 kommen aus dem Bereich Versorgungsmodelle für spezifische Krankheiten/Krankheitsgruppen, vier betreffen Versorgungsmodelle für vulnerable Gruppen, zwei Modelle mit übergreifender und messbarer Ergebnis- und Prozessverantwortung und sieben Modelle zur Weiterentwicklung von Versorgungsstrukturen und -prozessen.

Der Innovationsfonds fördert zwischen 2016 und 2019 Projekte zu neuen Versorgungsformen und zur Versorgungsforschung mit 300 Millionen Euro pro Jahr. 75 Millionen Euro dieser Summe sind für die Versorgungsforschung vorgesehen

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Innovationsausschuss veröffentlicht Förderbekanntmachungen zur Weiterentwicklung und Evaluation zweier Richtlinien**

Der Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) hat die Veröffentlichung von zwei weiteren [Förderbekanntmachungen](#) im Bereich der Versorgungsforschung beschlossen. Die Förderbekanntmachungen zielen auf Forschungsprojekte zur Weiterentwicklung und insbesondere Evaluation der folgenden Richtlinien des G-BA:

- Richtlinie ambulante spezialfachärztliche Versorgung nach § 116b SGB V ([ASV-RL](#))
- Richtlinie über die Durchführung der Psychotherapie ([Psychotherapie-Richtlinie](#))

Nähere Informationen zu den inhaltlichen und formalen Anforderungen, die an die Anträge gestellt werden, sind auch den Leitfäden für die Antragstellung und den Allgemeinen Hinweisen und Nebenbestimmungen zu entnehmen. Darüber hinaus steht der mit der Abwicklung der Fördermaßnahmen beauftragte Projektträger – das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) – Förderinteressierten für eine individuelle Beratung zur Verfügung.

Förderanträge können ab sofort bis zum 19. Februar 2019, 12.00 Uhr, eingereicht werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Die Schlüsselrolle von Patient\*innen in klinischen Studien**

Um den Erfolg von klinischen Studien zu verbessern, sollten Patient\*innen schon bei der Definition der Forschungsfragen eingebunden werden. Das fordert Jan Geißler von der Europäischen Patientenakademie (EUPATI) auf einer Veranstaltung am 29.10.18 in Berlin.

Klinische Studien leisten einen wichtigen Beitrag zu einem wirkungsvollen Gesundheitssystem, informieren das Forum Gesundheitsforschung, der Ausschuss Medizin des Wissenschaftsrates sowie die Senatskommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für Grundsatzfragen in der Klinischen Forschung auf einer gemeinsamen Veranstaltung in Berlin. Die Studien seien unerlässlich, um Forschungserkenntnisse durch Diagnose-, Therapie- und Präventionsverfahren in die Gesundheitsversorgung zu übertragen.

Geißler unterstreicht dabei die Bedeutung von Patient\*innen: Sie sollen nicht erst als Probanden bei der Umsetzung der klinischen Studien eingebunden werden, sondern schon mit dabei sein, „wenn die Forschungsfragen und das Forschungsdesign gemacht werden“, sagt er. Im Vergleich zu anderen Ländern habe Deutschland bei der Einbindung von Patientenorganisationen im Forschungsdesign Nachholbedarf. Weiterhin mahnt er an: „Forschung, die zu oft im gleichen Patientenpool fischt, funktioniert nicht.“

Prof. Michael Roden vom Wissenschaftsrat empfiehlt die Entwicklung von Förderkonzepten für aufwendige klinische Studien mit „praxisveränderndem Potenzial.“ Prof. Heyo Kroemer vom Forum Gesundheitsforschung verlangt, dass auch nichtkommerzielle Studien, in denen Patient\*innen erstmalig mit einem neuen Verfahren oder Medikament behandelt werden können, stärker finanziert werden – diese hätten für den Fortschritt in der Medizin eine besonders hohe Bedeutung. Prof. Rita Schmutzler von der Universität zu Köln fordert ausreichend Personal sowie „Unterstützung bei der Überwindung regulatorischer Hürden.“

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Aufklärungsbögen zu Wirkungsweise von Antipsychotika und Antidepressiva**

Das Landesnetzwerk Selbsthilfe seelische Gesundheit e.V. (NetzG-RLP e.V.) hat zwei Aufklärungsbögen zu folgenden Themen veröffentlicht:

1) Die Wirkungsweise der Antipsychotika (mögliche unerwünschte Wirkung, reduzieren und Absetzen und Alternativen) - in normaler, und leichter Sprache sowie in englischer, französischer, polnischer, spanischer, rumänischer, serbokroatischer, türkischer, russischer und arabischer Sprache.

2) Der Einsatz der Antidepressiva (Wirkungsweise und unerwünschte Wirkungen, reduzieren und absetzen, andere Behandlungsmöglichkeiten und Hilfen) - in normaler und leichter Sprache.

Die Aufklärungsbögen können [hier](#) eingesehen bzw. von dort heruntergeladen werden.

- **Forschen für ein gesundes Leben – Rahmenprogramm Gesundheitsforschung**

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch das von Bundesforschungsministerin Anja Karliczek vorgelegte Rahmenprogramm Gesundheitsforschung beschlossen. Es ist auf zehn Jahre angelegt und definiert die Strategie der Bundesregierung in der Gesundheitsforschung. Mit den Fördermaßnahmen des Programms wird die Bundesregierung die bedeutendsten Krankheitsbilder angehen, zukunftssträchtige Methoden und Technologien fördern und die Rahmenbedingungen von Forschung verbessern. Ein besonderer Schwerpunkt: Forschung, Gesundheitsversorgung und Gesellschaft sollen noch stärker zusammenarbeiten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **TK-Safe startet**

Die Techniker Krankenkasse hat am Mittwoch einen auf künstlicher Intelligenz (KI) basierenden Symptomcheck vorgestellt. TK-versicherte Nutzer\*innen der App "Ada" können ihre Beschwerden eingeben, erhalten eine persönliche Analyse und werden auf Wunsch über passende digitale Versorgungsangebote informiert. In der zweiten Ausbaustufe, die voraussichtlich Anfang 2019 startet, können Versicherte den Symptomcheck direkt über die neue "TK-Doc"-App nutzen. Nach der Bewertung können sie auf Wunsch das Ergebnis über die App unmittelbar mit einem Arzt besprechen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **BAGSO fordert Verbesserung der altersmedizinischen Versorgung**  
 Das deutsche Gesundheitssystem sei auf den wachsenden Bedarf geriatrischer Versorgung in einer alternden Gesellschaft nicht vorbereitet, schreibt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) in einer Pressemitteilung am Dienstag. Sie fordert in einem Positionspapier deshalb den flächendeckenden Auf- und Ausbau altersmedizinischer Angebote. So sollten ältere Menschen mit chronischen Krankheiten von einem multiprofessionellen Behandlungsteam versorgt werden, das auch psychische und soziale Aspekte einbezieht. Zudem müssten die Anstrengungen zu Prävention und Rehabilitation verstärkt werden, auch bei Pflegebedürftigen.  
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Deutschland-Barometer Depression 2018**  
 Die Stiftung Deutsche Depressionshilfe und die Deutsche Bahn Stiftung haben im Rahmen des "Deutschland Barometer Depression 2018" Studienergebnisse zu den Auswirkungen der Depression auf Partnerschaft und Familie veröffentlicht. Die repräsentative Befragung untersucht Einstellungen und Erfahrungen zur Depression in der Bevölkerung. Befragt wurden 5.000 Personen zwischen 18 und 69 Jahren aus einem repräsentativen Online-Panel für die deutsche Bevölkerung in Privathaushalten. Demnach kommt es bei der Hälfte der Betroffenen zu Problemen in der Partnerschaft. Wissenslücken bei Angehörigen führen zu Unverständnis und Fehlinterpretationen, denn Rückzug und Gefühllosigkeit sind krankheitsbedingt. Die Erkrankung Depression belastet Partnerschaft und Familie in hohem Maße: 84 Prozent der Erkrankten haben sich während ihrer Depression aus sozialen Beziehungen zurückgezogen. Weitere Informationen können unter folgendem Link eingesehen werden.  
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Zeichen setzen gegen Vorurteile und Ausgrenzung: die Gewinner des DGPPN-Antistigma-Preises 2018**  
 Menschen mit psychischen Erkrankungen haben in Deutschland noch immer mit vielen Vorurteilen in ihrem beruflichen und privaten Umfeld zu kämpfen. Dagegen setzt der Anti-Stigma-Preis ein Zeichen und würdigt seit 2002 Projekte und Initiativen, die sich für eine nachhaltige Integration der Betroffenen in die Gesellschaft engagieren. Am 28.11.2018 wurden die Preisträger im Rahmen des DGPPN Kongresses im CityCube Berlin ausgezeichnet.  
 Der Antistigma-Preis wird von der DGPPN in Kooperation mit dem Aktionsbündnis Seelische Gesundheit und der Stiftung für Seelische Gesundheit zum 16. Mal verliehen. Er ist insgesamt mit 10.000 Euro dotiert. Die Jury unter Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Gaebel, Vorsitzender des Aktionsbündnisses, hat die vier Gewinner aus 32 Bewerbungen aus Forschung, Wirtschaft, Kultur und dem psychosozialen Bereich ausgewählt.  
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **OECD-Bericht moniert Verschwendung im EU-Gesundheitswesen**  
 Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, hat eine Vergleichsanalyse zur Gesundheit der EU-Bürger und zur Leistung der Gesundheitssysteme der 28 EU-Mitgliedstaaten sowie der Bewerber- und EFTA-Länder vorgelegt. Der Bericht „Gesundheit auf einen Blick: Europa 2018“ moniert unter anderem verschwenderische Ausgaben im Gesundheitswesen sowie zu geringe Fortschritte bei der Erhöhung der Lebenserwartung der Bevölkerung. Zudem fordern die OECD-Experten konzertierte Anstrengungen zur Förderung einer besseren psychischen Gesundheit in Europa.  
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Forschungsziele für den Gesundheitsschutz (RKI)**  
 Das Robert-Koch-Institut (RKI) wird den Fokus seiner Forschung in den nächsten Jahren auf die Determinanten von Gesundheit und Krankheit, die Evidenzbasierung und Evaluierung von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung sowie die methodischen Grundlagen eines zeitgemäßen Gesundheitsschutzes legen. Das geht aus der jetzt vorgelegten Forschungsagenda des RKI hervor.  
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



- Nach Kritik: UPD kündigt umfangreiches Maßnahmenpaket an**

Mitglieder aus dem Beirat der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) haben sich auf Einladung der Geschäftsstelle des Patientenbeauftragten der Bundesregierung bei einem Workshop in Berlin sehr intensiv und konstruktiv mit der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland über Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Beratungsangebotes ausgetauscht. Ziel des Workshops war es, ein gemeinsames Verständnis der konkreten Bereiche, in denen Verbesserungsbedarf besteht, und der dafür erforderlichen Umsetzungsschritte zu gewinnen und auf diese Weise die Beratungsleistung der Patientenberatung weiter zu verbessern. Die Teilnehmer begrüßten das Maßnahmenpaket, das unter anderem einen zusätzlichen Personalaufbau im Wissens- und Qualitätsmanagement beinhaltet.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- BMBF-Förderrichtlinie zu Evidenzbasierung und Transfer in der Präventionsforschung**

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat eine Richtlinie zur Förderung von Forschung zur Stärkung der Evidenzbasierung und des Transfers in der Präventionsforschung veröffentlicht. Um die Nachhaltigkeit und Wirksamkeit von verhaltens- sowie verhältnisorientierter Primärprävention und Gesundheitsförderung bemessen zu können, bedürfe es der Erforschung insbesondere von Langzeiteffekten bereits implementierter Maßnahmen. Zudem sei es erforderlich, genau zu analysieren, wie Präventionsmaßnahmen unter verschiedenen Rahmenbedingungen wirken. Dies sei entscheidend für den erfolgreichen Transfer wirksamer Maßnahmen in die Breite.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- FES-Papier zur Qualität in der sektorenübergreifenden Versorgung**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat ein Positionspapier zur Qualität in der sektorenübergreifenden Versorgung veröffentlicht. Darin zeigen ausgewiesene Experten des deutschen Gesundheitswesens auf, wie Qualität als ein zentrales Steuerungselement für eine patientenzentrierte, populations- und regionsorientierte Neuausrichtung des Gesundheitswesens eingesetzt werden kann. Im Mittelpunkt steht das Ziel, das Gesundheitssystem weniger auf die Interessen der Institutionen, sondern stärker auf die Interessen der Patientinnen und Patienten auszurichten

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Weiterentwicklung der Hilfen für psychisch erkrankte Menschen - Standortbestimmung und Auftakt zum Dialog**

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) plant in dieser Legislaturperiode mit Vertreter\*innen von Verbänden und sonstigen Expert\*innen einen Dialog über die Weiterentwicklung der Hilfen für psychisch kranke Menschen zu führen. Ziele des Dialogs sind eine Standortbestimmung, die Verständigung über Entwicklungsbedarfe und die Formulierung von konkreten Handlungsempfehlungen. Im Vorfeld hatte das BMG zu einer Auftaktveranstaltung am 06.11.18 im Rahmen der Jahrestagung der Aktion Psychisch Kranke e.V. (APK) in Berlin eingeladen, bei der auch die DGVT vertreten war. Dort wurde über den geplanten Prozess informiert und erste Beiträge zur Standortbestimmung vorgestellt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag

---

- 100.000 Frauen 2016 in Deutschland obdachlos – Kleine Anfrage der LINKEN**

In Deutschland waren 2016 nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) rund 100.000 Frauen in Deutschland wohnungslos. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Insgesamt betrug die Zahl der wohnungslosen Menschen ohne Einbezug wohnungsloser Flüchtlinge im Jahr 2016 laut der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) etwa 420.000. Die Zahl der wohnungslosen anerkannten Flüchtlinge schätzt die BAG W auf gut 440.000 Menschen.

Die Bundesregierung will Wohnungslosigkeit besser zu erforschen und dabei geschlechtsspezifische Aspekte besser berücksichtigen. Deshalb fördere das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit September 2017 ein entsprechendes Forschungsprojekt, das im Frühjahr 2019 seine Ergebnisse vorstellen soll, kündigte die Bundesregierung an.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **CDU/CSU und SPD lehnen Antrag zu kultureller Bildung ab**  
Der Antrag der Partei Die Linke zur Weiterentwicklung des Bundesprogramms >>Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung<< wurde von CDU/CSU und SPD abgelehnt.  
Etwa 29 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren gelten unter anderem aufgrund von Erwerbslosigkeit oder niedrigem Bildungsabschluss der Eltern als benachteiligt, daher werde im Zeitraum von 2013 bis 2017 das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiierte und finanzierte Bundesprogramm >>Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung<< angeboten.  
Eine Zwischenevaluation der Prognos AG und Auswertungen von Programmpartnern habe allerdings Korrekturbedarf bei der Definition der Zielgruppe und den außerunterrichtlichen Bildungsmaßnahmen festgestellt. Außerdem seien die Länder und Kommunen stärker in die Programmvorbereitung einzubeziehen, um struktur- und infrastrukturschwache Landkreise und Städte besser zu fördern. Ferner habe das laufende Programm die Grenzen ehrenamtlichen Engagements und die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung angemessen bezahlter Fachkräfte aufgezeigt. Die Linke vertrat den Standpunkt, dass kulturelle Bildung die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen fördere und sie so befähige durch Eigentätigkeit, Begegnung und Auseinandersetzung mit kultureller Vielfalt, gesellschaftliche Wandlungsprozesse zu reflektieren und mitzugestalten.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kleine Anfrage der LINKEN: Befristete Stellen**  
8,3 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse waren 2017 in Deutschland befristet. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor. Außerdem finden laut Bundesregierung rund 23 Prozent der befristeten Beschäftigten keine Dauerstelle und davon wollen auch nur knapp fünf Prozent eine. Die Befristungsquoten waren insbesondere bei jungen Menschen bis 24 Jahre (26,4 Prozent), bei Akademikern (10,9 Prozent) und Menschen ohne Bildungsabschluss (16,6 Prozent) sehr hoch. Ausländer waren außerdem deutlich mehr betroffen (16,4 Prozent) als Deutsche (7,8 Prozent).  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Kinder und Jugendliche

---

- **US-Forscher: Früh eingeschulte Kinder häufiger mit ADHS-Diagnose**  
Nach der Einschulung erhalten die jüngsten Kinder in einer Klasse weit häufiger eine ADHS-Diagnose als ihre ältesten Mitschüler, berichten US-Forscher der Harvard Universität. Sie werteten Versichertendaten von mehr als 400.000 Mädchen und Jungen aus, die zwischen 2007 und 2009 geboren wurden. Dabei berücksichtigten sie die ADHS-Diagnosen bis Ende 2015.  
In den USA stieg die Zahl der ADHS-Diagnosen in den vergangenen 20 Jahren dramatisch an, allein 2016 wurden nach Mitteilung der Harvard Medical School über fünf Prozent der Kinder und Jugendlichen deshalb mit Medikamenten behandelt. In Deutschland sei die Zahl der Diagnosen seit einigen Jahren stabil und habe sich laut Erhebungen des Robert Koch-Instituts (RKI) zuletzt sogar reduziert, sagt Romanos. Ein bis zwei Prozent der Kinder werden dem Experten zufolge medikamentös behandelt.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Neue Studie zur "Generation Internet"**  
Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ([BMFSFJ](#)) und das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet ([DiVSI](#)) haben am 19.11.2018 die repräsentative U25-

Studie "[Euphorie war gestern - Jugendliche und junge Erwachsene zwischen Glück und Abhängigkeit](#)" veröffentlicht.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung heißt es u.a.: "Das Internet ist für Jugendliche und junge Erwachsene Fluch und Segen zugleich. Sie verbinden mit dem Internet zwar hauptsächlich Chancen, aber sie sehen verstärkt auch Risiken – wie persönliche Angriffe, Falschinformationen, eine zunehmende Komplexität und fehlendes technisches Verständnis. Gruppendruck und Überforderung erzeugen zusätzliches Unbehagen. Damit wird ein grundlegender Wandel in der Nutzung und Wahrnehmung sozialer Medien deutlich: Der Hype ist vorbei – die Skepsis steigt. Für die überwiegende Mehrheit der Befragten sind digitale Infrastrukturen und Angebote unverzichtbar, weil sie den Zugang zu Informationen erheblich erleichtern, ehemals mühsame Vorgänge beschleunigen und zu Neuem inspirieren. 68 Prozent können sich ein Leben ohne Internet nicht mehr vorstellen (2014: 73 Prozent). Das Netz ist aus der Sicht junger Menschen vor allem eins: praktisch; 69 Prozent sagen sogar, dass es sie glücklich macht. An die Sicherheit persönlicher Daten im Internet glauben allerdings nur noch 30 Prozent der jungen Generation.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Bundesrat hat das sog. Gute-Kita-Gesetz passieren lassen**

Am 14.12. hat der Bundesrat dem Gute-Kita-Gesetz zugestimmt, nachdem es der Bundestag zuvor verabschiedet hatte. Damit kann es zum 1.1.2019 in Kraft treten. Entgegen der hoch gesteckten Erwartungen, die mit der Ankündigung des Gesetzes zur Qualitätsverbesserung in Kindertagesstätten geschürt wurden, droht dieses Vorhaben nun in der Praxis zu scheitern. Nach Recherchen des Paritätischen Gesamtverbandes ist zu befürchten, dass die Mehrzahl der Bundesländer die zusätzlichen Mittel vorrangig zur Refinanzierung der Gebührenfreiheit oder anderer ohnehin geplanter Vorhaben nutzen werde. Nennenswerte Effekte zur Qualitätsverbesserung in Kindertagesstätten seien dagegen kaum zu erwarten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Mit starken Strukturen gegen Kindesmissbrauch - Bundeskabinett beschließt Konzept für besseren Schutz und Hilfen**

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ist auch in Deutschland immer noch trauriger Alltag - in der analogen wie in der digitalen Welt. Deshalb hat das Bundeskabinett heute das von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey vorgelegte „Konzept zur dauerhaften Stärkung der Strukturen für Schutz, Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend“ beschlossen. Kern ist die dauerhafte Einrichtung des Amtes einer/eines Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs.

An der Seite des/der Unabhängigen Beauftragten wird zudem auch weiterhin ein ehrenamtlich tätiger Betroffenenrat arbeiten, der dauerhaft eine strukturierte Beteiligung von Betroffenen auf Bundesebene gewährleistet. Bundesfamilienministerin Giffey beruft hierzu 12 bis 18 Personen, die in der Kindheit oder Jugend sexualisierte Gewalt erfahren haben.

Zudem wird die Laufzeit der vom Unabhängigen Beauftragten berufenen Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs bis Ende 2023 verlängert. Die Kommission soll weiterhin über Ausmaß, Ursachen und Folgen von sexualisierter Gewalt gegen Minderjährige aufklären, Betroffene anhören, Wege zur Anerkennung des Unrechts aufzeigen, Forschungslücken identifizieren und Empfehlungen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt sowie deren Aufarbeitung unterbreiten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Informationen zur Versorgung von Geflüchteten

---

- **Gesundheit von Geflüchteten in Deutschland – Ergebnisse einer Befragung von Schutzsuchenden aus Syrien, Irak und Afghanistan**

Über die gesundheitliche Ausgangssituation Geflüchteter in Deutschland liegen bisher nur unzureichende Erkenntnisse vor. Um diese Lücke zu schließen, wurden 2.021 Geflüchtete aus Syrien, dem

Irak und Afghanistan befragt, die erst bis zu zwei Jahre in Deutschland sind und noch in Aufnahmeeinrichtungen zu erreichen waren. Das Ergebnis zeigt: Rund drei Viertel der Schutzsuchenden haben unterschiedliche Formen von Gewalt erfahren und sind oft mehrfach traumatisiert. Im Vergleich zu Geflüchteten, denen diese Erlebnisse erspart blieben, berichten sie mehr als doppelt so oft über physische und psychische Beschwerden. Mehr als zwei Fünftel aller Befragten zeigen Anzeichen einer depressiven Erkrankung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **PSZ SEGEMI muss Warteliste schließen - Bitte um Unterstützung (8. Dezember 2018)**

Liebe KollegInnen, liebe UnterstützerInnen, liebe Mitglieder,  
wir möchten Sie mit diesem Text über folgenden Sachverhalt informieren und abschließend um Unterstützung bitten:

Das Psychosoziales Beratungs- und Koordinierungszentrum SEGEMI muss mit großem Bedauern mitteilen, dass wir Anfang vergangener Woche die Aufnahme in die Warteliste für die Erwachsenen-Sprechstunde bis zunächst Ende Januar 2019 haben schließen müssen. Dies hat folgenden Hintergrund: Aktuell befinden sich 161 hilfeschende Personen auf unsere Warteliste. Wir haben in den letzten Monaten einen drastischen Anstieg hilfeschender Menschen zu verzeichnen. Allein in diesem November haben sich knapp 50 Personen neu angemeldet. Die Menschen kommen derzeit aus über 20 Ländern, wobei Geflüchtete aus Afghanistan die mit Abstand größte Gruppe darstellt; gefolgt von Eritrea, Syrien, Irak und Tschetschenien.

Mit den bislang aus Spenden zur Verfügung gestellten Mitteln werden in diesem Jahr gut 600 Menschen in der Erwachsenen-Sprechstunde eine fachspezifische Unterstützung erhalten haben. Das Leistungsspektrum reicht von einer einfachen bis zur differentiellen Diagnostik, psychosozialer Beratung, Krisenintervention, richterlichen Stellungnahmen, u.v.m. sowie der Weitervermittlung in die ambulante und stationäre psychotherapeutisch- psychiatrische Versorgung und zu anderen FachärztInnen (Neurologen, Gynäkologen, Internisten, etc.).

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal betonen, wie elementar die Möglichkeit einer barrierearmen Sprechstunde bei SEGEMI für viele der Hilfeschenden ist. Es ist zumeist der erste Kontakt für eine psychotherapeutische Diagnostik und erste Chance auf Informationen (Psychoedukation) zu ihren seelischen Beschwerden und Symptomen. Ein erstes Verständnis zu Traumafolgestörungen wie z.B. Flashbacks, Schlaf- & Konzentrationsstörungen u.v.a. zu erlangen, führt bereits zu einer deutlichen Entlastung („Ich bin also nicht verrückt – es sind normale Reaktionen auf abnorme Erlebnisse“). Im Rahmen dieser wenigen Gespräche erfahren viele Geflüchtete bereits erste Möglichkeiten zur Selbstregulation. Die Stabilisierung und bei entsprechender Indikation angezeigter weiterführender Behandlung wirkt sich nicht nur auf die Person selber aus, sondern bietet auch, wenn es sich um Eltern handelt, eine unmittelbare Entlastung für die Familien und Kinder.

Mit den begrenzten Ressourcen sind wir leider nicht in der Lage, einen solch erhöhten Versorgungsbedarf zu bewältigen und fachlich adäquat zu versorgen. Daher haben wir uns schweren Herzens diese Woche entschieden, vorerst keine hilfeschenden Menschen mehr aufzunehmen. Ein solcher Schritt ist sehr radikal und entspricht in keinster Weise unserer Überzeugung einer barrierefreien Gesundheitsfürsorge.

Wir wenden uns daher an Sie mit der Bitte, uns finanziell zu unterstützen oder diese Mail an Menschen weiter zuleiten, die dies ermöglichen könnten.

Mit den zusätzlichen Mitteln könnten wir dann die Kapazitäten ausbauen und mehr hilfeschende Menschen fachgerecht versorgen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr SEGEMI Vorstand

- **Grüne wollen mehr Frauen in Führungspositionen im Gesundheitssektor**

Erstmalig beraten hat der Bundestag am Donnerstag über einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen für eine Frauenquote im Gesundheitswesen. Der Antrag wurde im Anschluss zur federführenden Beratung in den Gesundheitsausschuss überwiesen. In der Vorlage fordern Bündnis 90/Die Grünen verbindliche Vorgaben für die Besetzung von Spitzenfunktionen im Gesundheitswesen. Frauen seien in Führungspositionen der Krankenkassen und ihrer Verbände, den Organisationen der Ärzte und Zahnärzteschaft

sowie weiteren Organisationen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen stark unterrepräsentiert. Dies stehe im Gegensatz zum hohen Frauenanteil bei den Beschäftigten im Gesundheitswesen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Werbung für Schwangerschaftsabbrüche (§ 219a StGB)**

Die FDP-Fraktion hat einen Antrag vorgelegt, mit dem die Streichung des Paragraphen 219a, der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche verbietet, aus dem Strafgesetzbuch erreicht werden soll. Der Antrag stand als Zusatzpunkt am Donnerstag auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums. Der Bundestag solle dem Antrag zufolge die Bundesregierung auffordern, unverzüglich den angekündigten Gesetzentwurf vorzulegen. Die Regelung sei weder sach- noch zeitgemäß. Der Schwangerschaftsabbruch sei eine medizinische Leistung für Frauen in einer Notlage. Gerade sie bräuchten leicht zugängliche, sachliche Informationen. Dies verhindere der Paragraph, denn der Straftatbestand erfasse bereits die bloße Information über Schwangerschaftsabbrüche.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **FDP will neue Bedarfsplanung für Ärzte**

Nach Ansicht der FDP-Fraktion muss die Bedarfsplanung für niedergelassene Ärzte angepasst werden, damit künftig auch in ländlichen Regionen genug Haus- und Fachärzte zur Verfügung stehen. Dazu seien flexible Niederlassungsmöglichkeiten nötig, heißt es in einem Antrag der Fraktion. Mit einer kleinteiligeren Bedarfsplanung könne die tatsächliche Versorgungslage genauer festgestellt werden. Konkret fordern die Abgeordneten, die Niederlassungssperren in regionale Verantwortung zu geben. Die Zulassungsbeschränkungen bei Überversorgung sollten zudem in eine Kann-Regelung umgewandelt werden, damit bei einem Versorgungsgrad von mehr als 110 Zulassungen nicht mehr unmittelbar beschränkt würden. Die Niederlassungsfreiheit sollte der Regelfall sein.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Niedergelassene

---

- **Neuer Einheitlicher Bewertungsmaßstab kommt erst 2020**

Nach verschiedenen Medienberichten kommt der neue Einheitliche Bewertungsmaßstab (EBM) nicht mehr im kommenden Jahr. Das habe die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) am Donnerstag mitgeteilt. Demnach soll der angepasste EBM bis Ende September 2019 beschlossen werden und zum 1. Januar 2020 in Kraft treten. Hintergrund für die Verschiebung seien Vorgaben, die mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) geplant wurden, das im April 2019 in Kraft treten soll, hieß es von der KBV zur Begründung. Unter anderem werde der Bewertungsausschuss darin aufgefordert, insbesondere die Bewertung technischer Leistungen zu überprüfen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) – Informationen und Muster-Texte für Praxen im internen Mitgliederbereich**

Mit dem Stichtag 25. Mai 2018 gilt die neue Datenschutz-Grundverordnung der EU. Eine Übersicht zum konkreten Handlungsbedarf für Praxen steht für Mitglieder des DGVT-Berufsverbands im internen Homepagebereich zur Verfügung. Dort findet sich eine Zusammenstellung von relevanten Materialien und Textvorlagen zur rechtssicheren Umsetzung der neuen rechtlichen Vorgaben, die für Psychotherapeutische Praxen relevant sind. Zu einzelnen speziellen Rechtsfragen hat der DGVT-Berufsverband „FAQs“ erstellt, die ebenfalls im internen Mitgliederbereich des Berufsverbandes eingestellt sind: <https://www.dgvt-bv.de/mitgliederbereich/faqs/datenschutz/>. Alle Informationen und Muster-Vorlagen finden Sie [hier](#).

- **Telematikinfrastruktur: bestellen bis 31. März 2019, keine Honorarkürzungen bis 30. Juni 2019**

Das E-Health-Gesetz schreibt vor, dass ab einem bestimmten Datum alle Praxen an die Telematikinfrastruktur (TI) angeschlossen sein müssen und als erste Anwendung das Versichertenstammdatenma-

nagement (VSDM) durchführen müssen. Sind sie dazu nicht in der Lage, wird Vertragsärzt\*en\*innen und Vertragspsychotherapeut\*en\*innen das Honorar um ein Prozent gekürzt (§ 291 Absatz 2b Satz 14 SGB V). Der Gesetzgeber hat den im Gesetz vorgeschriebenen Termin jedoch immer wieder verschoben. Grund war, dass die Anbieter die notwendige Technik nur mit Verzögerungen bereitstellen konnten.

Inzwischen hat der Bundestag mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz, das am 1. Januar 2019 in Kraft treten soll, einen Antrag zur Fristverlängerung auf den Weg gebracht. Der Antrag regelt, dass bis zum 30. Juni 2019 das Honorar nicht gekürzt werden soll. Voraussetzung ist allerdings, dass Vertragsärzt\*en\*innen und Vertragspsychotherapeut\*en\*innen die notwendigen Komponenten für den Anschluss an die TI bis spätestens 31. März 2019 verbindlich bestellen und die Bestellung gegenüber ihrer Kassenärztlichen Vereinigung nachweisen.

Das Speichern der Notfalldaten auf der eGK, die elektronische Patientenakte und ein elektronisches Patientenfach sollen als weitere Anwendungen folgen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Regionales

---

- **Ergebnisse Kammerwahl Baden-Württemberg 2018**

In der im November zu Ende gegangenen Kammerwahl in Baden-Württemberg konnten wir, die Liste VT & mehr, nach einem engagierten Wahlkampf einen tollen Erfolg erreichen. Gewählt wurden Günter Ruggaber (PP), Dr. Petra Schmid (PP), Dr. Silke Kurreck (PP), Prof. Dr. Thomas Heidenreich (PP), Dr. Judith Arnscheid (KJP) und Alexandra König (PiA).

Wir bedanken uns bei allen Unterstützer\*innen und Wähler\*innen und freuen uns auf die kommenden Jahre. Auf der [Homepage der LPK BW](#) finden Sie die detaillierten Ergebnisse.

- **Baden-Württemberg: ImPuls: starke Psyche durch Motivation und Bewegung. Kooperationspartner mit der Universität gesucht**

Seit Februar 2018 wird an der Abteilung für Klinische Psychologie und Psychotherapie der Eberhard Karls Universität Tübingen in Kooperation mit dem Institut für Sportwissenschaften ein gruppentherapeutisches Bewegungsprogramm für den ambulanten psychotherapeutischen Kontext evaluiert.

Das Programm mit dem Namen „ImPuls – starke Psyche durch Motivation und Bewegung“ richtet sich an Menschen mit Depressionen, Angststörungen, Schlafstörungen und ADHS, die auf einen Psychotherapieplatz warten. „ImPuls“ hat zum Ziel in ca. vier Wochen Wissen über die positiven Effekte von sportlicher Aktivität aufzubauen, Motivation und Freude daran zu erlangen sich körperlich zu betätigen sowie bewegungsbezogene Gesundheitskompetenz zu erwerben. Dies alles soll die Teilnehmenden dazu befähigen, sportliche Aktivität selbst in ihren Lebensalltag zu integrieren.

Aktuell wird das Bewegungsprogramm „ImPuls“ in einer randomisiert-kontrollierten Studie auf Machbarkeit und Wirksamkeit überprüft. Teilnehmer kommen sowohl von psychotherapeutischen Ambulanzen als auch aus Kooperationen mit niedergelassenen Therapeuten. Wir würden uns sehr freuen, wenn auch Sie BLABLA. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage:

<https://www.pi.uni-tuebingen.de/arbeitsbereiche/klinische-psychologie-und-psychotherapie/forschung/weitere-forschungsprojekte/impuls-starke-psyche-durch-motivation-und-bewegung.html>

Wenn sich für eine Kooperation interessieren, wenden Sie sich direkt an die Studienleitung: Dr. Sebastian Wolf (sebastian.wolf@uni-tuebingen.de; Tel.: +49 (0)7071 29-76162

- **Baden-Württemberg: Positionspapier für Kinder suchtkranker Eltern - Hilfe systematisieren**

Die Landesstelle für Suchtfragen der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V. hat vor kurzem ein Positionspapier veröffentlicht, welches Kinder suchtkranker Eltern und die Systematisierung von Hilfen für diese Zielgruppe zum Inhalt hat. Neben dem Hilfebedarf und den Möglichkeiten der Erreichbarkeit dieser Kinder wird auf die Notwendigkeit von Unterstützungsangeboten zur Stärkung der Kinder als auch der Eltern hingewiesen.

Das Positionspapier finden Sie [hier](#).

- Hamburgische Bürgerschaft ermöglicht geflüchteten Menschen sprachliche Verständigung in der ambulanten Gesundheitsversorgung**

Die 5.000 ambulant tätigen Ärzt\*innen und Psychotherapeut\*innen in Hamburg können kostenlos auf qualifizierte Sprachmittler\*innen zurückgreifen, so dass psychisch erkrankten wie auch behinderten Geflüchteten ein Zugang zur gesundheitlichen Regelversorgung ermöglicht wird.

Nach einer ersten evaluierten Modellphase werden beiden Teilprojekte („Hamburger Sprachmittlerpool für die ambulante psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung“ & „Hamburger Sprachmittlerpool für Menschen mit Behinderung“) von der Hamburgischen Bürgerschaft für weitere 1,5 Jahre finanziell unterstützt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Ergebnis der Kammerwahl der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer liegt vor**

Die Ergebnisse der OPK-Kammerwahlen in den fünf Bundesländern wurden am 17.12. veröffentlicht. Die OPK-Wahlergebnis-PDF-Datei finden Sie [hier](#).

Die Wahlbeteiligung betrug 48,25 %. 7 von insgesamt 10 DGVT-Kandidat\*innen wurden gewählt: Wir bedanken uns bei allen Unterstützer\*innen und Wähler\*innen sehr herzlich! Die konstituierende Kammerversammlung findet am 8./9. März 2019 in Quedlinburg statt.
- Rheinland-Pfalz: Rechte der Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung gestärkt**

Das Netzwerk Gleichstellung und Selbstbestimmung Rheinland-Pfalz (NGSRLP) möchte die Rechte der Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung durch das Landesrecht geklärt wissen, da in Rheinland-Pfalz aktuell Verhandlungen über den Rahmenvertrag gemäß § 131 SGB IX geführt werden und hat hierfür ein Gutachten in Auftrag gegeben. Ergebnis des Gutachtens ist, dass Menschen mit Behinderungen und deren Organisationen nicht nur teilnehmen, sondern aktiv an der Erarbeitung und Beschlussfassung der Verträge mitwirken können. Das Gutachten zur Auslegung von § 131 Abs. SGB IX finden Sie [hier](#).
- Rheinland-Pfalz: Neues Zentrum in Rheinland-Pfalz soll psychische Gesundheit im Alter stärken**

Das Landeskrankenhaus und die Universitätsmedizin erforschen und entwickeln innovative Behandlungsmethoden. Dafür gibt es 4,3 Millionen Euro Fördergeld.

Das Landeskrankenhaus (AöR) hat in Kooperation mit der Universitätsmedizin Mainz das bundesweit erste „Zentrum für psychische Gesundheit im Alter“ (ZpGA) gegründet. Das Konzept fußt auf den Säulen wissenschaftlicher Forschung, innovativer Behandlung und multiprofessioneller Vernetzung, um Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihren pflegenden Angehörigen bestmögliche Unterstützung und Lebensqualität zu gewährleisten. Eine außerordentliche Wertschätzung erfährt das ZpGA durch die Förderzusage des Gemeinsamen Bundesausschusses über 4,3 Millionen Euro in den nächsten drei Jahren.

Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler lobte das neue ZpGA als zukunftsweisende Initiative. „Es ist wichtig, gerade auch bei älteren Menschen Selbstheilungskräfte und Widerstandskraft zu stärken und damit das Risiko von psychischen und körperlichen Erkrankungen zu minimieren. Genau das sind die Ziele des neuen Zentrums, in dem es neben der Entwicklung effektiver Behandlungsmethoden vor allem um die Erforschung der Resilienz und die Förderung und Umsetzung von präventiven Maßnahmen geht. Ich danke deshalb allen Beteiligten, besonders den Vertretern des Landeskrankenhauses und der Universitätsmedizin für Ihre engagierte Aufbauarbeit und wünsche den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des neuen Zentrums gutes Gelingen.“

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Termine – DGVT-Fortbildung

---

- **Beratung und Therapie bei frühkindlichen Regulationsstörungen**  
02.-03. Februar 2019 in Bottrop.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Posttraumatische Verbitterungsstörung und Weisheitstherapie - Die Behandlung von Anpassungsstörungen nach Ärger und Kränkungen**  
08.-09. Februar 2019 in Köln  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Dialektisch Behaviorale Therapie (DBT) der Borderline Störung**  
Start der Reihe: 09. Februar 2019 in Frankfurt am Main  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Impact Therapy**  
16.-17. Februar 2019 in Frankfurt am Main.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Das kommt mir Spanisch vor! Besonderheiten in der Therapie von Patient\*innen mit Migrationshintergrund**  
16.-17. Februar 2019 in Hamburg  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie - Aufbaueminare - Seminar 1: Außenbeziehungen, Affären, Untreue als Thema in der Paartherapie**  
Start der Reihe: 22. Februar 2019 in Berlin  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Schematherapie - Einführungsworkshop**  
01.-02. März 2019 in Dortmund  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie - Aufbaueminare - Seminar 2: Ältere Paare in der Paartherapie**  
15.-16. März 2019 in Berlin  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Weiterbildung in Lauftherapie zum / zur Lauftherapeut\*in**  
Start der Reihe: 16.-17. März 2019 in Würzburg  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychosenpsychotherapie (DGVT)**  
Start der Reihe: 16.-17. März 2019 in München  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychopharmakologie**  
23. März 2019 in Dortmund  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie - Aufbaueminare - Seminar 3: Erfahrungs- und körperorientierte Interventionen in der Paartherapie**  
29.-30. März 2019 in Berlin  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Smart therapy - Internet und APPs in der psychotherapeutischen Behandlung**  
30. März 2019 in Köln  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Aufschiebeverhalten und Depression**  
30. März 2019 in Hannover  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



## Termine – DGVT-BV-Fortbildung

---

- **Approbation - was nun?**  
06. April 2019, von 13:00 Uhr bis 17:30 Uhr in Münster.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Approbation - was nun?**  
18. Mai 2019 (Samstag), von 13:00 Uhr bis 17:30 Uhr in Dresden.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Praxisgründung**  
27. Juli 2019, von 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr in Hamburg.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Praxisgründung**  
26.10.2019, von 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr in Frankfurt.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Praxisgründung**  
16. November 2019, von 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr in München.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Wirtschaftliche Praxisführung**  
29.-30. November 2019, am Freitag von 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr und am Samstag von 09:00 Uhr bis 17:00 Uhr in Hamburg.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Termine der Landesgruppen

---

- **Berlin**  
Der nächste Stammtisch der Landesgruppe Berlin findet am Montag, 21. Januar 2019, statt. Eine Einladung folgt.
- **Hamburg**  
Das quartalsmäßige Familientreffen für DGVT-Mitglieder findet am Montag, 18. März 2019, statt. Eine Einladung folgt.
- **Nordrhein-Westfalen**  
Westfalen-Lippe: Neue Fortbildungsangebote der Landesgruppe NRW in Kooperation mit der KVWL. Donnerstag, 17. Januar 2019 von 18:30-21:30 Uhr, Thema: Zusammen oder allein? Kooperationsformen und Weitergabe psychotherapeutischer Praxen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Detaillierte Informationen und das Anmeldeformular finden Sie im [Einladungsflyer](#).

## Ankündigung Weltkongress

---

### **9. Weltkongress für Verhaltens- und Kognitive Therapien „Cognitive and Behavioural Therapies at the Crossroads“, 17. - 20. Juli 2019 CityCube, Berlin**

2019 wird der Weltkongress für Verhaltens- und Kognitive Therapien (WCBCT) erstmals in Deutschland zu Gast sein. Seit dem ersten Weltkongress 1995 in Kopenhagen findet dieser alle 3 Jahre statt, in Europa zuletzt 2007 in Barcelona. Der Weltkongress 2019 wird von der „European Association of Cognitive and Behavioral Therapies“ (EABCT) in enger Zusammenarbeit mit der DGVT und der Unterstützung anderer deutschsprachiger Verbände aus Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt.

Der Kongress wird **über drei Tage hinweg stattfinden, von Donnerstag, 18. Juli bis Samstag, 20. Juli 2019**. Zudem werden am **Mittwoch, den 17. Juli 2019** ca. 30 Pre-Congress-Workshops im Programm

sein. Die offizielle Kongresssprache ist Englisch. Es werden jedoch auch ungefähr 15% des Programms auf Deutsch angeboten. Zudem wird die Akkreditierung bei der Psychotherapeutenkammer Berlin beantragt, sodass Fortbildungspunkte gesammelt werden können.

Das Kongressthema „**Cognitive and Behavioural Therapies at the Crossroads**“ trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die kognitive Verhaltenstherapie sehr schnell und in viele verschiedene Richtungen entwickelt. Wir könnten uns daher an einem Scheideweg befinden, was die Aufrechterhaltung der Einheit von Theorie und Praxis betrifft.

**Beiträge einreichen:** Bis **6. Januar 2019** (Poster bis 17. Februar 2019) können Beiträge (Symposien, Workshops, Round-Tables etc.) über die Homepage [www.wcbct2019.org](http://www.wcbct2019.org) angemeldet werden. Das wissenschaftliche Komitee fordert vor allem dazu auf, Beiträge zu folgenden Themen einzureichen:

- a) zu Konzepten der Theorie und Praxis der heutigen kognitiven Verhaltenstherapie
- b) zu interdisziplinären Modellen von Störungen und deren Behandlung
- c) zur Rolle der kognitiven Verhaltenstherapie in verschiedenen Gesundheitssystemen
- d) zum internationalen Kontext und zur internationalen Zusammenarbeit bei kognitiv-verhaltenstherapeutischen Interventionen

**Das Kongressprogramm** wird folgende Formate beinhalten:

- 30 eingeladene Pre-Congress-Workshops
- 40 eingeladene Hauptvorträge
- 20 parallel stattfindende wissenschaftliche Veranstaltungen jeden Tag
- Symposien, Diskussionen, Klinische Round-Tables etc.
- Open Paper Sessions zu verschiedenen Themen
- 40 In-Kongress Workshops
- Postersessions
- technische und Software-Demonstrationen
- eine große Zahl an Ausstellern

Auf der Homepage [www.wcbct2019.org](http://www.wcbct2019.org) ist bereits das Preliminary Programme (vorläufiges Programm) mit allen Invited Addresses und Pre-Congress-Workshops veröffentlicht.

**Anmeldung:** Auch die Anmeldung zum Kongress kann unter [www.wcbct2019.org](http://www.wcbct2019.org) erfolgen. **Der Frühbucherpreis wurde bis zum 28. März 2019 verlängert.**

Wir freuen uns auf einen spannenden Kongress 2019 in Berlin!

## Und last not least

---

- **Baustelle Deutschland. Solidarisch anpacken! - Der Armutskongress 2019**

Trotz Mindestlohn, Bildungs- und Teilhabepaket und Mietpreisbremse – das Thema Armut lässt Deutschland nicht los. Im Gegenteil: An immer mehr Stellen besteht dringend Handlungsbedarf, damit sich die sozialen Gegensätze nicht weiter verschärfen. Es fehlt an bezahlbarem, gutem Wohnraum für alle. Millionen Menschen sind trotz Erwerbstätigkeit arm. Das Risiko von Altersarmut nimmt immer mehr zu.

Gleichzeitig bestätigt sich der Trend, dass diejenigen von gesellschaftspolitischen Prozessen weitgehend ausgeschlossen sind, die betroffen und damit Expert\*innen für Armut und die Frage sind, was dagegen getan werden müsste. Vielmehr bedienen sich ihrer Ängste zunehmend diejenigen, die sozial unterprivilegierte Gruppen gegeneinander ausspielen wollen.

Im Rahmen des Armutskongresses greifen wir im Dialog mit Betroffenen diese sozial- und gesellschaftspolitischen Dauerbaustellen auf, formulieren Forderungen und entwickeln Lösungen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).